

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1877**

13.4.1877 (No. 87)

# Karlsruher Zeitung.

Freitag, 13. April.

N<sup>o</sup> 87.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Einrückungsgebühr: die gepaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1877.

## Telegramme.

† Berlin, 11. Apr. Die „Prov.-Korresp.“ schreibt: Der Kaiser habe das Abschiedsgesuch Bismarck's nicht genehmigt und hierin in Uebereinstimmung mit der öffentlichen Meinung gehandelt. Se. Maj. habe als höchsten Gesichtspunkt seiner Entschlüsse erachtet, dem Kanzler eher eine jede nötige Geschäftsbefreiung zuzugestehen, als in seinem Rücktritt zu willigen. Wenn der Reichskanzler in dem peinlichen Gefühl, der aufreibenden Anforderungen seines Berufes nicht mehr in dem seinen eigenen Wünschen entsprechenden Maße gewachsen zu sein, es für seine Pflicht hielt, dem Kaiser seine Entlassung anheimzustellen, so konnte er doch dem Verlangen des Kaisers, nochmals den Versuch zu machen, seine Kräfte in längerem Urlaub zu beleben, sich nicht entziehen. Demnach habe der Kaiser auf den Wunsch des Kaisers darin gewilligt, daß er während eines kürzeren mehrmonatlichen Urlaubs den Zusammenhang mit der Leitung der Reichsgeschäfte nicht absolut aufgeben, vielmehr dem Kaiser auf Verlangen mit Rath stets zur Seite stehen werde und die verfassungsmäßige Gegenzeichnung der kaiserl. Anordnungen so weit als erforderlich auch fernerhin übernehmen. Das Blatt bestätigt sodann, daß im Uebrigen die Vertretung des Kanzlers in inneren Reichsangelegenheiten Hofmann, in äußeren Angelegenheiten Bülow, in preussischer Verwaltung Camphausen übertragen worden sei.

† Berlin, 11. Apr. Die „Nordb. Allgem. Ztg.“ meldet: Die Erörterungen über das Urlaubsgesuch des Fürsten Bismarck fanden zuerst schriftlich und theilweise auch mündlich zwischen dem Kaiser und dem Reichskanzler statt, danach unter Mitwirkung des Geh. Rabinetsraths v. Wilmowski. — Der „Post“ zufolge hätte der Kaiser an den Rand von Bismarck's Entlassungsgesuch nur das eine Wort: niemals, geschrieben.

† Wien, 11. Apr. Eine Petersburger Meldung der „Polit. Korresp.“ vom heutigen Tage bezieht die Version, daß Rußland der Fortsetzung eines Termin zur Entscheidung über die Frage der Entsendung eines Spezialgesandten nach Petersburg geseht, als ebenso unbegründet, wie die Meldung, daß schon in den nächsten Tagen das russische Kriegsmantel erscheinen werde. Die Entscheidung über die von Rußland zu nehmende Stellung gegenüber der türkischen Zirkulardepeche ist für morgen zu erwarten. Die Situation ist hoch-ernst.

† Nam, 11. Apr. Der von den Truppen angegriffene Hause Internationaler ist keineswegs vernichtet; er setzt seine Streifzüge fort. Eine Abtheilung Internationaler zog nach Zerföhrung des Archivs in Lettina nach Gallo, wo sie die Steuerklasse beraubten und ein der Gemeinde gehöriges Gebäude niederbrannten. Auch vor Capriati erschien ein Trupp Internationaler, der sich jedoch zurückzog, da die Bevölkerung sich bewaffnete. — Die Mitglieder der Internationalen vertheilen Geld, um Leute an sich zu ziehen, jedoch — wie es den Anschein hat — ohne Erfolg. Die Behörden treffen Maßregeln, die Straßenübergänge zu besetzen und auf diese Weise ein Entkommen der Anführer zu verhindern.

† Antwerpen, 11. Apr. Anlässlich der gestern stattgehabten Ersatzwahl eines Deputirten, bei welcher der Klerikale Baron Ny mit 450 Stimmen Majorität gewählt wurde,

fanden Abends Ruheföhrungen in den Straßen statt. Mehrere Personen, darunter ein Polizeiaгент, wurden verwundet und 12 Personen verhaftet. Die bewaffnete Bürgergarde ist zur Erhaltung der Ruhe thätig.

## Deutschland.

W. Berlin, 11. April. (Reichstag. 13. Sitzung.)

Am Tisch des Bundesraths: Präsident Hofmann, Unterstaatssekretär Herzog, Wirkl. Geh. Ober-Regierungsrath v. Pommer-Esche u. A. Präsident v. Forckenbeck eröffnet die Sitzung um 12<sup>1/2</sup> Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Von dem Reichskanzler Fürsten Bismarck ist folgendes Schreiben eingegangen: „Berlin, 11. Apr. 1877. Ew. Hochwohlgeboren beehre ich mich ergebenst zu benachrichtigen, daß der Zustand meiner Gesundheit nicht gestattet, mich an den bevorstehenden Verhandlungen des Reichstags zu betheiligen. Behufs meiner Wiederherstellung haben Se. Maj. der Kaiser die Gnade gehabt, mir einen Urlaub zu erteilen und zu genehmigen, daß während der Dauer desselben meine Vertretung im Hause bezüglich der inneren Angelegenheiten des Reiches von dem Herrn Präsidenten des Reichskanzler-Amtes, bezüglich des Auswärtigen von dem Herrn Staatssekretär v. Bülow übernommen werde. Ew. Hochwohlgeboren erlaube ich ergebenst, dem Reichstag hiervon geneigte Mittheilung machen zu wollen. v. Bismarck.“

Dr. Hänckel: Hr. Präsident! Ich darf wohl voraussetzen, daß das Schreiben, welches soeben verlesen worden ist, im Druck vervielfältigt werden wird. Ich möchte aber hieran auch den Antrag knüpfen, daß es dem Herrn Präsidenten gefallen möchte, dieses Schreiben behufs einer Besprechung im Reichstag auf eine der nächsten Tagesordnungen setzen zu wollen. Ich glaube, eine Begründung dieses meines Antrages ist nicht notwendig. Die hohe Bedeutung, die das Schreiben offenbar für unsere gesammte politische Entwicklung einnimmt, die Tragweite, die dasselbe in politischer und staatsrechtlicher Beziehung für sich in Anspruch nehmen darf, ist wohl geeignet, um den von mir gestellten Antrag genügend zu motivieren.

Präsident v. Forckenbeck: Es liegt für den Vorgang, wie ihn uns das Schreiben meldet, allerdings ein Präcedenzfall vor. Unter dem 17. Mai 1872 hat der Herr Reichskanzler ein Schreiben an das Präsidium dieses Hauses gerichtet, welches in dessen Sitzung vom 22. Mai desselben Jahres verlesen wurde und also lautete: „Das Präsidium des Reichstages beehre ich mich ergebenst zu benachrichtigen, daß mein Gesundheitszustand mich leider nöthigt, meine amtliche Thätigkeit auf einige Zeit zu unterbrechen, und daß während meiner Verurlaubung der Herr Staatsminister Delbrück mit Genehmigung Sr. Maj. des Kaisers mich vertreten wird.“ Damals sind weitere Erörterungen an dieses Schreiben nicht geknüpft worden. Es steht indessen dem Antrage, die heutige Mittheilung zum Gegenstand einer Debatte zu machen, geschäftsordnungsmäßig nichts entgegen. Daß das Schreiben gedruckt und vertheilt wird, ist selbstverständlich.

Das Haus tritt nunmehr in die Tagesordnung ein mit der ersten Beratung des Landeshaushalts-Staats für Elsaß-Lothringen auf das Jahr 1878.

Der Bundeskommissar Herzog leitet die Beratung des Staats, der in Annahme und Ausgabe mit 39,353,315 Mark abschließt, durch einen längeren Vortrag ein, in welchem er besonders darauf hinweist, daß der Landesausfuß einen nicht unmerklichen Einfluß auf die Aufstellung dieses Staats gehabt habe. Die Finanzlage der Reichslande bezieht er als eine sehr günstige, dieselben würden mit Ablauf des Jahres 1878 vollständig schuldenfrei sein. Redner erwartet, daß der Etat an eine Kommission zur Vorbereitung gegeben werde, und erklärt sich zur Ertheilung jeder erforderlichen Anstalts bereit.

Abg. Guerber spricht die Hoffnung aus, daß der nächste Etat in einer Elsaß-Lothringischen Landesvertretung werde vorberathen werden, damit die Reichslande endlich den festen Boden im Reich finden könnten, auf dem zu stehen sie ein Recht hätten. Der Redner erhebt demnach die bereits bekannten Beschwerden über die Bevormundung auf dem Gebiete des Schulwesens, welche höchst beklagenswerth und eine Tyrannei sei, ärger als bei den Spartanern. Als einen Beweis, daß die Einnahme in den Reichslanden in der That begriffen, führt der Redner an, daß die Kriminalkosten immer noch in der That begriffen sind. Ebenso koste die Polizei ganz außerordentlich viel, sie sei die theuerste in Europa, eine Auszeichnung, auf welche das Land nicht stolz sein könne. Zum Schluß ergeht sich Redner in einer ungehörigen Kritik über frühere Beschlüsse des Hauses, die den Präsidenten zu der Bemerkung veranlaßt, daß eine solche Kritik nicht zulässig sei.

Abg. Schneckens glaubt, daß es eigentlich richtiger gewesen wäre, den Etat, nachdem er von dem Landesausfuß durchberathen, einfach zu genehmigen. Er und seine Freunde wollten deshalb auch in der ersten Beratung sich einer näheren Besprechung des Staats enthalten, sie würden jedoch verschiedene Mängel in der Verwaltung in der Kommission und in der zweiten Beratung zur Sprache bringen. Dem Vorredner habe er zu bemerken, daß Vieles auch nicht in seinem Sinne sei; auch er beklage die Einseitigkeit in der Verwaltung. Er erkenne gern an, daß der Staat das Recht zur Leitung der Schule habe, aber unter Staat verstehe er nicht die Verwaltung allein. In diesem Sinne sei aber Manches zu verbessern.

Die Diskussion wird geschlossen und der Etat an eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Derselben Kommission wird auch die Uebersicht der Ausgaben und Einnahmen der Landesverwaltung von Elsaß-Lothringen für das Jahr 1875 zur Vorberathung zugewiesen.

Es folgt die erste und zweite Beratung der Gesekentwürfe für Elsaß-Lothringen, betreffend die Abänderung der Gesekgebung hinsichtlich des Wasserrechts, betreffend den Kleinhandel mit Branntwein oder mit Spiritus und betreffend den Gewerbebetrieb im Umherziehen. Sämmtliche Gesekentwürfe werden ohne erhebliche Diskussion angenommen.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist die erste und zweite Beratung des Freundschaftsvertrags zwischen dem Deutschen Reich und Tonga.

Abg. Dr. Kapp erklärt, daß der vorliegende Vertrag, welcher dem Deutschen Reich eine Kohlenstation im Stillen Ozean erwirkt, der erste Vertrag dieser Art sei. Wenn derselbe, wie er hoffe, angenommen werde, so dürfe das Reich auf dem dadurch betretenen Wege nicht stille stehen. Dasselbe sei bisher auf diesem Gebiete viel zu schättern gewesen; es habe Erweiterungen abgesehen, die dem Reich heute sehr gut zu Statten kommen würden. Eine Kohlenstation schütze uns nicht nur vor feindlichen Angriffen, sondern fördere auch unsere Ahtung bei den fernem Völkern. Nicht das Ansehen des Deutschen Reichs, nicht seine Kriegsmacht imponire jenen Völkern, sondern nur dasjenige, was sie vor Augen haben, z. B. ein Kriegsschiff. Er erinnere an den Krieg von 1870, wo gerade in den ostasiatischen Gewässern und im Stillen Ozean unsere Schiffe am meisten der Kondemnirung ausgesetzt waren. Gerade auf den im Stillen Ozean liegenden Inseln sei der deutsche Handel stark vertreten und in voller Blüthe, und er hoffe, daß wir überall da Kohlenstationen erwerben werden, wo unsere Flotten stationirt seien. Er erkläre, behals den Vertrag als den Anfang in die Einsicht Dessen, was noch thue, um die Interessen unserer Schifffahrt und des deutschen Handels in fremden Ländern zu

## In Wanden.

Von Josephine Gräfin Schwerin.

(Fortsetzung aus Nr. 86.)

Erst weit unten im Thale wurde der Leichnam von dem beruhigten Wasser herausgehoben, und nun hatte man wieder, wie damals vor Jahren, in Buchenbad ein feierliches Begräbniß eines verunglückten Badegastes. Eine Fülle von Blumen bedeckte wieder den Sarg, und wieder folgten alle Badegäste dem traurigen Zuge, und wieder sangen die Schüler aus dem Nachbardorfe ihre wehmüthigen Todtengesänge, und wieder hielt der Prediger eine ergreifende Rede.

„Nach tritt der Tod den Menschen an“, das war das Thema, das in unzähligen Variationen von dem Kirchhofs Heimkehrer behandelt wurde. „Es sei für Den, der mit der Eigenthümlichkeit des Bodens, mit Weg und Steg und mit der reisenden Gewalt des Daches nach solchen Regengüssen nicht bekannt sei, gewagt, einen Spaziergang am Morgen nach einem nächtlichen Gewitter zu machen“, die arme junge Frau sei auf dem schlüpfrigen Wege ausgeglitten und habe sich bei dem Hinabstürzen nicht halten können, so habe das wilde Wasser sie erfasst und mitgerissen, ehe der nacheilende Gatte sie noch ergreifen konnte“, der arme junge Mann sei ganz trostlos, ganz gebrochen, er wisse sie wohl sehr geliebt haben, man hatte sie ja auch nur mit einander gesehen, sie hatten die Gesellschaft gänzlich vermieden“, er habe — so höre man — sich mit seinen Eltern vollständig entzweit, um dieser Ehe willen, wie werde er nun diesen jähen Verlust tragen“, sein Anblick am Grabe sei ein schreckenerregender gewesen, bleich und verstört habe er jedes freundliche Wort zurückgewiesen und auf des Pastors Zuspriechung kaum gehört“, so erzählte man sich. Dazwischen klangen einzelne Worte: „es sei doch seltsam, daß die Frau alle in des Weges gegangen, während der Mann wieder in unmittelbarer Nähe gewesen“, man hatte auch nie gehört, daß der Weg dort so

schlüpfrig und gefährlich sei“. Das Glück der Ehe sei auch wohl anzuzweifeln, man habe manches unfreundliche Wort zwischen ihnen vernommen“, sein verhörtet Wesen müsse Verdacht erwecken, es sei zum Mindesten eine seltsame Art der Trauer“, man höre hier und da davon sprechen, daß Frau von Düren bei dem Unglücksfall zugegen gewesen sei — ein wunderliches Zusammenreffen, das manchen Kombinationen freien Spielraum gebe, und Frau von Düren sei plötzlich, ohne von irgend Jemand Abschied zu nehmen, abgereist, während sie doch länger bleiben gewollt“, jedenfalls läge ein eigenthümliches Dunkel über diesem traurigen Ereigniß“. So zischelte man sich zu, die Kombinationen wurden weiter ausgesponnen, man sprach lauter davon — einige Tage war die „unglückliche Gräfin Vergeborf“ das Hauptthema der Unterhaltung in Buchenbad. Dann kamen neuere, interessantere Ereignisse — man dachte nicht mehr an den Unfall, dann verdrörten die Kränze auf ihrem Grabe, dann war die Rose, die man zu Häupten desselben gepflanzt, abgeblüht, dann bedeckte der Schnee sein dichtes weißes Tuch darüber, und im nächsten Jahre erzählten die Einwohner von Buchenbad den Kurgästen nach jedem starken Gewitter die Geschichte von der jungen, schönen Gräfin Vergeborf und ihrem trostlosen Gatten als warnendes Beispiel.

Arnold befand sich nach Emely's Tode in einem Zustande dumpfer Betäubung. Er empfand sich als ihren Mörder, und dieses letzte, entsehrliche Ereigniß dänkte ihn der Schlußstein seines verfallenen, elenden Daseins. Von bitteren Selbstvorwürfen geseinigt, stand er an der Leiche seiner jungen Frau, wortlos, thranenlos, scheinbar fast dankenlos, Andern die Sarge für das Begräbniß überlassend. Der freundlichen Theilnahme, die ihm gezollt wurde, sekte er ein dumpfes Schweigen entgegen, er schen die Blumen, die man über die Todte ausschüttete, kaum zu sehen, während er doch Tag und Nacht nicht von ihrer Seite wich und nur durch das dringende Bitten und Zureden seiner Wittbin bestimmt werden konnte, etwas Speise zu sich zu neh-

men. Am Tage nach dem Unglücksfall hatte er von Valerie einen Brief erhalten:

„In der nächsten Stunde reise ich ab“, schrieb sie, „ich kann es nicht, ohne Ihnen geschrieben zu haben, Arnold. Das Entsetzliche, das wir gemeinsam erlebt, hat uns fest mit einander verbunden — und hat doch einen Abgrund zwischen uns aufgethan, der uns für alle Ewigkeit trennt, kein Wort und keine Zeit kann ihn je überbrücken. Die unshühbare Schuld, die wir auf uns geladen, wird Ihr und mein Leben für alle Zukunft in dunkle Nacht hüllen, der Schatten der Unglücklichen, die wir in den Tod getrieben — wenn wir auch nicht so schuldig waren, als sie es wohl wähte — wird verdunkelnd und drohend vor jedem Lichtstrahl stehen, der vielleicht einmal in die Finsterniß dringen möchte. Ich kann Ihnen nicht Lebewohl sagen, es würde in meinem Munde zu Ihnen wie Hohn klingen, ich kann Ihnen nur aus meinem übervollen, schuld-beladenen Herzen den heißen Wunsch zurufen, daß Sie Kraft finden mögen, dieses Daseins Last zu tragen.“

Valerie.

Stumm und starr hatte er das Blatt durchgesehen — es schien kaum einen Eindruck auf ihn zu machen, erst als die dumpfe Betäubung, die ihn umfassen hielt, nachgelassen, als an ihre Stelle eine stürmische Verzweiflung getreten war, empfand er die ganze Tiefe des Gewands, das auch über Valerie gekommen. Er schrieb an sie; der Brief war ein leidenschaftlicher Erguß seines von Schuldgefühlen, Reue und Jammer erfüllten Herzens — er kam uneröffnet zurück. „Ich darf keine Zeile von Ihrer Hand lesen, was sie auch enthalten möge“, schrieb sie, „wir dürfen über dem Grabe, das sich zwischen uns graufig geöffnet hat, uns nicht die Hände reichen. Wenn es eine Sühne unserer Schuld gibt, so ist es nur die, daß wir für alle Ewigkeit getrennt bleiben und keinen Versuch machen, von einander zu hören. Das fordert unsere Pflicht — und unsere Ehre.“

(Fortsetzung folgt.)

Schützen. Er wünscht, daß die Regierung auf dem betretenen Wege fortfahre, und sei für die Annahme des Vertrags um so mehr, als derselbe dem Deutschen Reiche fast gar keine Gegenleistung ansetze. Redner moniert schließlich den dem Vertrag beigefügten mangelhaften und unrichtigen englischen Text.

Ueber diese letztere Bemerkung erhebt sich eine kurze Diskussion, welche u. A. dem Abg. Dr. P a s t e r Veranlassung gibt, auf die Unwissenheit der Beamten hinzuweisen, welche bei Abschluß des Vertrags beigestimmt gewesen, und daran die Bitte zu knüpfen, daß die Konsularbeamten einer strengeren Prüfung unterworfen und von ihnen wenigstens so viel Sprachkenntnis verlangt werden möchte, wie ein Primaner sie besitzen müsse.

Der Vertrag wird in seinen einzelnen Artikeln genehmigt und setzt das Hans darauf die zweite Berathung des Reichshaushalts-Etats für 1877-78 fort.

Dieselbe beginnt mit den Einnahmen aus den Zöllen und Verbrauchssteuern.

Es erhebt sich hierüber eine längere Debatte, in welcher die Abgg. G r u m b r e c h t und S o m b a r t die Frage anregen, ob es nicht möglich sei, die Einnahmen aus der Rübenzucker-Steuer genauer zu veranschlagen. Letzterer glaubt, daß dies sich leicht dadurch ermöglichen lasse, daß statt des dreijährigen Durchschnitts die Ernte des letzten Jahres der Berechnung zu Grunde gelegt wird.

Beh. Rath Dr. M i c h a e l i s erwidert, daß eine Berechnung auf der soeben erwähnten Grundlage auch zu dem erwünschten Resultate nicht führen würde. Die Ausgaben für Exportprämien ließen sich auf Grund der Ernte nicht feststellen, es würden diese immer variiren, je nachdem die Ernte eine größere oder geringere sei.

Abg. S c h r ö d e r (Friedberg) richtet an die Vertreter der verbündeten Regierungen die Frage, wie weit die Versuche mit dem seit lange in Betrieb gesetzten Apparate behufs Einführung der Fabriksteuer beim Spiritus gediehen seien. Er wünscht, daß der Bundesrath der Einführung der Fabriksteuer baldigst näher treten möge, und empfiehlt ferner, Untersuchungen darauf veranlassen zu lassen, ob es nicht möglich sei, innerhalb des Gebiets, in welchem der Branntwein fabrizirt wird, den Branntwein zu demselben Preise abzugeben, wie nach den anderen Staaten. Durch Exportbonifikationen sei es beispielsweise möglich, von Posen aus den Branntwein nach München, Augsburg oder der Schweiz billiger abzugeben, als nach Frankfurt.

Beh. Rath Dr. M i c h a e l i s erwidert, daß die Versuche mit dem Siemens'schen Apparate sich vollständig bewährt haben. Die mecklenburgische Regierung habe in Folge dessen den Antrag auf Einführung der Fabriksteuer beim Bundesrath gestellt, der dem Ausschusse überwiesen sei. Was die weitere Frage anlangt, so glaube er, daß sich die Verhältnisse nur sehr schwer ösefseitigen lassen würden, er hoffe jedoch, daß es einmal möglich sein werde, die Branntweinsteuer-Gemeinschaft auf das ganze Reich auszu dehnen.

Abg. v. K a r d o r f f hat in Bezug auf die Fabriksteuer eine ganz andere Meinung, als der Abg. Schröder. Die Einführung dieser Steuer würde nur den großen Fabrikanten zu Gute kommen, alle kleineren Brennereien würden aufhören. Die erste Voraussetzung für diese Steuer sei übrigens, daß dieselbe dann nicht bloß beim Branntwein, sondern auch bei dem Zucker zur Einführung gelangen müßte. Die zweite Voraussetzung bestände darin, daß Deutschland bezüglich der Exportprämien ganz eben so verfare, wie Oesterreich, indem man die einheimischen Fabrikate so weit schligt, um mit den Nachbarstaaten konkurriren zu können. Er seinerseits sei indeß ein entschiedener Gegner der Fabriksteuer, da diese nach seiner Ansicht den wirtschaftlichen Ruin des Landes herbeiführen würde.

Abg. Dr. B r a u n (Wogau) theilt den Wunsch des Abg. v. Kardorff, daß die Regierung der Frage näher treten und untersuchen möge, ob bei der jetzigen Art der Besteuerung den allgemein anerkannten, berechtigten Wünschen entsprochen werde. Wenn er aber diesen Wunsch erkaufen sollte mit der Einführung der Fabriksteuer, namentlich wie die mecklenburgische Regierung sie vorgeschlagen habe, mit einer o b l i g a t o r i s c h e n Fabriksteuer, dann würde er dafür danken. An eine o b l i g a t o r i s c h e Fabriksteuer denke selbst der entschiedenste Anhänger derselben nicht. Er habe nur das Wort genommen, um den Wünschen des Abg. Schröder (Friedberg) ausdrücklich zu widersprechen, damit nicht der Irrthum aufkomme, daß der Reichstag mit diesen Wünschen einverstanden sei und der Bundesrath nicht verführt werde, auf die Intentionen der mecklenburgischen Regierung einzugehen. Die Landstunde des Abg. Schröder (Friedberg) verpaiden sich von der Fabriksteuer goldene Berge, der Grund aber, weshalb sie jetzt nicht so prosperiren, liege nicht in der Art der Besteuerung, sondern in der geringen technischen Entwicklung ihrer Fabrikation. Was die Frage der Exportbonifikation anlangt, so thue man gut, nicht ein schlechtes Beispiel zu geben.

Nachdem auch die Abgg. G ü n t h e r (Sachsen) und v. S c h o r l e m e r - A l t sich gegen die Einführung der Fabriksteuer erklärt, wird die Diskussion geschlossen und nach Genehmigung der Einnahmen und Ausgaben dieses Etats die Berathung vertagt.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Etatsberathung, Antrag des Abg. S c h u l z e (wegen Abänderung des Genossenschaftsgesetzes) und Antrag M i c h t e r (Hagen) wegen Vertheilung der Restbestände der französischen Kriegsgeldentwädigung). Der Präsident theilt mit, daß er beabsichtige, das heute verlesene Schreiben des Reichskanzlers am Freitag, die gewerblichen Anträge am Samstag auf die Tagesordnung zu setzen.

Schluß 4 Uhr.  
O Berlin, 11. Apr. Wie heute die halbamtliche „Provinzial-Korrespondenz“ meldet, sind über die demnächstigen Reisen Sr. Majestät auch gegenwärtig feste und gültige Bestimmungen noch nicht getroffen. — Heute Abend 9 1/4 Uhr werden K. Königl. H. der Großherzog und die Frau Großherzogin, sowie die Frau Großherzogin-Mutter von Mecklenburg-Schwerin aus Schwerin hier ankommen und im königl. Schlosse Wohnung nehmen. Auf der Reise nach Montreux treffen morgen Abend K. Kaiserl. H. der Großfürst Wladimir von Rußland und dessen erlauchter Gemahlin, die Frau Großfürstin Maria Paulowna, geb. Herzogin von Mecklenburg, aus Petersburg hier ein und steigen im kaiserl. russischen Botshafthotel ab.

Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin von Brasilien besuchten gestern Vormittag in Begleitung der Kronprinzlichen Herrschaften das Gewerthemuseum. Auch heute nehmen Höchstselben wieder hiesige Schenswürdigkeiten in Augenschein. Für Samstag und Sonntag gedenken die Kais. Brasilianischen Majestäten sich von hier nach Weimar

zu begeben, um dem dortigen Großherzoglichen Hofe einen Besuch abzustatten und den Aufführungen beider Theile des „Faust“ beizuwohnen. Sodann kommen Höchstselben nochmals auf kurze Zeit nach Berlin. — Der kais. deutsche Botshafter am k. Großbritannischen Hofe, Graf zu Münster, welcher seit einigen Tagen mit Urlaub hier verweilt, wird am Samstag die Rückreise auf seinen Posten nach London antreten. Heute Nachmittag ist der kais. deutsche Botshafter am kais. österreichischen Hofe, Graf Otto zu Stolberg-Wernigerode, aus Wien hier eingetroffen. Auch heute wird versichert, daß die Reise der beiden Botshafter nach Berlin in keiner Weise mit der „Kanzler-Krise“ in Zusammenhang stehe, sondern hauptsächlich durch die Wendung veranlaßt sei, welche die orientalische Frage mit dem Abschluß des Londoner Protokolls genommen hat. In Folge des abweichenden Verhaltens der Türkischen Pforte betrachtet man diese Wendung in hiesigen politischen Kreisen ganz vorwiegend als eine kriegerische. Es gilt hier für sehr wahrscheinlich, daß Rußland nunmehr bald zu militärischen Zwangsmäßigkeiten gegen die Türkei schreiten werde.

#### Oesterreichische Monarchie.

Wien, 10. Apr. Noch steht nicht fest, in welcher Form die Pforte den Inhalt des Protokolls, sofern dasselbe als ein Ganzes zu betrachten ist, ablehnen wird, aber es steht schon jetzt vollständig fest, daß sie ablehnt. Natürlich ist diese Ablehnung noch nicht der Krieg mit Rußland; es wird vielmehr damit erst der im Protokoll vorgesehene Fall eingetreten sein, daß sich die Mächte nochmals zu dem Versuch einer Verständigung über die nächste gemeinsame Aktion zusammensuchen. Aber die Abrüstungs-Frage ist schon vorher definitiv entschieden; darüber läßt eine alterneneste Erklärung Rußlands keinen Zweifel, denn diese Erklärung besagt, daß Rußland auch jetzt noch auf die Hoffnung, im Verein mit Europa handeln zu können, nicht verzichte, daß es aber keinesfalls die Möglichkeit aus den Augen lassen dürfe, jeden Augenblick nöthigenfalls auch auf sich selbst beschränkt in Aktion treten zu können.

Wien, 11. Apr. Dem Vernehmen nach hat die Pforte neulich die nicht unwichtige bestimmte Erklärung abgegeben, daß sie selbst für den Fall der tatsächlichen Eröffnung der Feindseligkeiten gegen sie denselben mit keiner Offensivethat begegnen, sondern daß sie den Angriff unter allen Umständen auf türkisches Gebiet erwarten und aus der strengen Defensivethat nicht heraustreten werde.

Wien, 11. Apr. (R. Z.) Zu der für den 16. d. M. hier stattfindenden Gesamtkonferenz österreichischer Bischöfe soll ein Sturmlauf gegen die Schulgesetze geplant sein. Wie verlautet, bestände die Absicht, die Vertreter der katholischen Kirche aus sämtlichen Landeshochschulen abzurufen.

Wien, 11. Apr. (Fr. Z.) Ueber die diplomatischen Vorgänge der letzten Tage verlautet Folgendes: Andrassy richtete nach Konstantinopel energische Depeschen, in welchen er der Pforte bringend das Eingehen auf das Protokoll anrieth; da Aehnliches von anderen Mächten, namentlich von Seiten Frankreichs geschah, so lenkte die Pforte soweit ein, daß sie sich auf die Diskussion des Protokolls einließ, in die Absendung einer Spezialgesandtschaft nach Petersburg willigte, wenn Rußland gleichfalls einen Spezialgesandten nach Konstantinopel schickte. Letztere Forderung erbitterte in Petersburg und auch der Czar erblickte darin eine Beleidigung. So gewann die Kriegspartei die Oberhand, und obgleich andere Mächte die Versöhnungsversuche noch fortsetzen, erachtet man den vollständigen Bruch zwischen Rußland und der Türkei als unmittelbar bevorstehend und glaubt nicht an die Verlängerung des Waffenstillstandes mit Montenegro.

#### Italien.

Rom, 11. Apr. Der „Kön. Jtg.“ wird von hier telegraphirt: Die Kurie wird demnächst sämtliche Bischöfe der katholischen Welt anweisen, jene einreisenden Prinzipien zu bekämpfen, welche Kirche und Staat trennen, einen beständigen Kampf hervorruhen und die unumwandelbaren Grundsätze der Kirche der Willkür der Verächter des Glaubens preisgeben wollen. — Auf Simeonis' Anfrage, ob das Conclave frei in Rom abgehalten werden könne, erwiderten die Nuntien, die Regierungen würden sich mit der Angelegenheit befassen und obson sie fest überzeugt seien, daß Italien auf's Gewissenhafteste die volle Freiheit respektiren würde, nicht ermangeln, eine Ueberwachung zu üben und Erklärungen zu verlangen.

#### Frankreich.

Paris, 11. Apr. Der „Siecle“ schreibt: Die Petition, welche die verwegenen Führer der katholischen Komitès „allen Katholiken Frankreichs“ zur Unterschrift empfehlen, hat entweder keinen Sinn oder sie ist ein Aufruf zum Kriege gegen Italien, ein Aufruf, den sie übrigens tagtäglich und bei jeder Gelegenheit wiederholen. Das ist einmal die Art, wie diese Herren den Patriotismus verstehen. Was kümmert sie Frankreich? Ihnen ist vor allem Andern darum zu thun, daß das Papstthum wieder die weltliche Herrschaft zurückerlange. Weil ihm die Provinzen entrissen sind, die so lange unter der kirchlichen Verwaltung geseßt haben, muß der Papst es mitansuchen, daß alle Tage der Regierung der allgemeinen Kirche rings um ihn her neue Hindernisse in den Weg gelegt werden.“ Was sind das für Hindernisse? Die Urheber der Petition wären sehr verlegen, wenn sie diese Frage ernstlich beantworten müßten. Der „Gefangene des Vatikan“ erfreut sich einer unumschränkten, ihm durch ein Gesetz gewährleisteten Freiheit, welches von der italienischen Regierung jederzeit geachtet worden ist und bei jeder Gelegenheit im weitesten und liberalsten Sinne gedeutet wird. Der Papst ist von Botshaftern umgeben und unterhält bei den fremden Nationen seine Nuntien, die ihn vertreten und seine geistlichen Interessen vertreten. Durch diese letzteren und die bei ihm beglaubigten Botshafter verkehrt er frei mit der ganzen Welt. Beträchtliche Summen und glänzende Geschenke fließen ihm zu; ein jedes seiner Worte wird von einer ihm treu ergebenen Presse begierig aufgefangen, eine Weltlichkeit, die unter einer musterhaften hierarchischen Ordnung undacht steht, sowie mächtige und reiche Genossenschaften tragen seine Befehle von einem Ende der Christenheit zum andern.

Man wird zugeben, daß ein armer Gefangener noch viel schlimmer daran sein könnte. Auf welche Hindernisse kann unter solchen Umständen die Regierung der Kirche stoßen? — Es könnten, entgegen die Wittsteller, gewisse gefährliche Maßregeln getroffen werden, die den Verleth des Papstes mit der katholischen Welt abschneiden würden. Was für Maßregeln aber? Ermächtigt die so forterre Haltung der italienischen Regierung gegen das Papstthum zu so schimpflichen Voraussetzungen? Nicht im Geringsten. Wir haben im Gegentheil aus der Antwort, welche das römische Cabinet auf die berühmte päpstliche Allokation vom 12. März zu geben genöthigt war, ersehen, daß es fest gewillt ist, das Garantiegesetz gewissenhaft durchzuführen. Was verlangen die gottesfürchtigen Leute, die sich der Religion wie eines Heils bedienen, um den inneren und äußeren Frieden zu trüben, denn noch mehr? Sie wollen Frankreich in neue Abenteuer stürzen; sie wollen ihm keinen ruhigen Augenblick lassen und fordern die französische Regierung auf, „alle Mittel auszuwenden, die in ihrer Gewalt stehen, um der Unabhängigkeit des heiligen Stuhls Achtung zu verschaffen und seine Verwahrung zu schützen“. Die Unabhängigkeit des heiligen Stuhls ist aber nicht bedroht und nie bedroht gewesen. Was liegt daran! Man behauptet das Gegentheil, in der Hoffnung, die öffentliche Meinung zu täuschen. Im Grunde feuert man nur auf das eine Ziel los und weist demnach genug darauf hin, daß nämlich Frankreich zu Italien sage: Du hast deine Einheit zu Grunde gebracht, brich sie heute! wir haben vereint unser Blut auf den Schlachtfeldern vergossen, heute verlange ich von dir, daß du deine Nationalität opferst, ich verlange, daß du einen Theil Italiens dem Papste, den Jesuiten, den Kardinalen, den geistlichen Genossenschaften abtretest; wo nicht, so erkläre ich dir den Krieg! Das wäre gleich anfangig, wie wenn Italien zu uns spräche: Gebt dem Papste die Grafschaft Avignon zurück oder ich ziehe das Schwert gegen euch! Demnach gibt die kirchliche Partei sich mit solchen sträflichen Träumereien ab und scheut sich nicht, ihnen öffentlich Ausdruck zu verleihen. Es ist möglich, daß diese lächerliche Petition von den dreißigtausend Personen unterzeichnet wird, von denen kürzlich Hr. v. Charette versichert, daß sie bereit wären, ihr Blut für das Papstthum zu vergießen, aber gewiß gibt es in Frankreich nicht einen ernsten Mann, und wäre er ein noch so eifriger Katholik, der einen Aufbruch zu den Waffen unterzeichnen würde, um dem Papst wieder zu der weltlichen Herrschaft zu verhelfen.

Der „Figaro“ macht sich zum Echo eines lächerlichen Gerüchtes. Danach wollen die Legitimisten im Wege einer öffentlichen Subskription eine Anleihe von vier- bis fünfshundert Millionen Franken aufnehmen und mit dieser Summe Lothringen „zurückkaufen“. Diese Landschaft wäre dann die Morgengabe, mit welcher der Graf Chamboord sich im Jahre 1880 in Frankreich einstellen würde, um nach dem Ablauf des Septennats seinen legitimen Thron zu besteigen. Der „Figaro“ ist so gütig, hinzuzufügen, daß es sich bei dieser Subskription nur um einen Vorstoß handle, welcher später mit den landesüblichen Zinsen wieder erstatet werden würde. Ob die Provinz Lothringen überhaupt für Geld feil ist, darüber macht sich das Pariser Boulevard-Blatt weiter keine Gedanken.

Der Augenblick ist gekommen, schreibt die „France“ in feierlichem Tone, wo man ohne Jüdiskretion enthüllen kann, daß Hr. Jules Simon sich nach Italien in der Absicht begeben hat, beim Quirinal Rathschlägen der Mäßigung und Zurückhaltung dem Vatikan gegenüber Eingang zu verschaffen. Diese Mission des Friedens und der Versöhnung ist dem ehrenwerthen Conferenzpräsidenten in sehr erfreulicher Weise gelungen und ein aus den höchsten Kreisen des Königreichs Italien erlassener Brief hat Pius IX. überzeugt, daß die in der letzten Zeit von dem Quirinal gegen die Geistlichkeit ergriffenen Maßregeln weder gegen seine Person noch gegen die katholische Kirche gerichtet waren. Der Papst, erfreut über dieses dem italienischen Cabinet von Hrn. Jules Simon eingegebene Zeichen der Aufmerksamkeit, hat den Kardinal Simeoni angewiesen, den apostolischen Nuntius in Paris, Hrn. Meglia, aufzufordern, bei den katholischen Komitès von Paris und der Provinz darauf hinzuwirken, daß der von den Klerikalen zu so unrechter Zeit gegen die Regierung unternommene Feldzug unverzüglich eingestellt werde. Der Nuntius, schließt die „France“, wird diesen Instruktionen gewiß auf das Sorgfältigste nachkommen; aber es fragt sich nur, ob die Partei des Hrn. Beck auf eine Einstellung der Feindseligkeiten eingehen wird, zu welcher die Initiative ergriffen zu haben Pius IX. zur Ehre gereichen würde.

Inzwischen ist hier zu den jüngsten kleinen Reibungen zwischen Staat und Kirche eine neue getreten. Der Kultus- und Justizminister Martel hat dem bekannten Wanderprediger de Cisseh durch die Behörden verbieten lassen, in der Kirche von Angers einen Vortrag zu halten. Dies war in Abwesenheit des dortigen Bischofs, des nicht minder berufenen Fanatikers Freppel, geschehen, der jetzt in einem Briefe an den Minister erklärt hat, daß es ihm, wenn er sich auf seinem Bischofsstige befinden hätte, „unmöglich“ gewesen wäre, dem Verbote der Regierung Folge zu leisten.

Unter dem Titel: „Einer mehr“ hat der Marquis v. Talleyrand-Périgord, ein Seitenverwandter des großen Staatsmannes dieses Namens, soeben eine Broschüre veröffentlicht, in welcher er gleich in der Vorrede erklärt:

Jeder Mensch hat seinen Weg von Damaskus, aber nur sehr Wenige folgen dem Beispiele des Apostels Paulus. Wie viele Andere, so bin auch ich für die große Stimme taub gewesen, welche dem Menschen gebietet, Einigkeit zu sein; aber nach den Unglücksfällen, die Frankreich zu Boden geworfen haben, und Angesichts der edelmüthigen und beharrlichen Bemühungen der republikanischen Demokratie, das Land aus dem Abgrunde zu retten, in den das Kaiserreich es gestürzt hat, fühle ich, daß es mir nicht erlaubt ist, dem Kampfe noch ferner gleichgültig zuzusehen. Darum nehme ich in der großen Arme der Menschheit meinen Platz als Soldat, schlicht, aber ehrlich, und spreche zu der Demokratie unserer Zeit: Rechnen auf einen Republikaner mehr!

Die Geschichte dieser Belehrung eines Aristokraten zur Republik wird dann in der Broschüre näher ausgeführt. Die ultramontanen Blätter veröffentlichen folgende Note:



